

DER SOZIALDEMOKRATISCHE KÄMPFER

Bund Sozialdemokratischer FreiheitskämpferInnen, Opfer des Faschismus und aktiver AntifaschistInnen



„Wir stehen für eine Politik für die Vielen“

Wir haben die erste SPÖ-Bereichssprecherin für Erinnerungskultur im Parlament, Genossin Sabine Schatz, zum Interview gebeten. Dabei zieht die Abgeordnete Bilanz über 17 Monate Schwarzblau unter Kurz und über rechtsextreme Strukturen in und rund um die FPÖ.

Die ÖVP-FPÖ-Koalition ist nach 17 Monaten (vorerst) Geschichte. Hast du dich gewundert, was alles möglich war?

Wir haben erlebt, dass die Grenzen des politisch Möglichen täglich weiter nach rechts verschoben worden sind. Das, was vor ein paar Jahren noch als unsagbar galt, wurde auf einmal unwidersprochen laut ausgesprochen. Wenn ein FPÖ-Funktionär in einer Ortsparteizeitung von „Ratten mit Kanalisationshintergrund“ spricht, dann erinnert dies an die Rhetorik des Nationalsozialismus. Wir alle tragen die Verantwortung dafür, dass sich derartiges nie mehr wiederholt. Gefährlich finde ich auch, wie gering Türkis-Blau das Parlament schätzt: Anträge der Opposition wurden vertagt, mit Traditionen gebrochen und Kurz glänzte mit Abwesenheit oder Handy-Spielen.

Neu war auch, dass rechte Medien von Ministerien mit Inseraten bedient wurden. Meine parlamentarischen Anfragen ergeben, dass bis Ende 2018 mehr als 70.000 Euro Steuergelder an Medien wie *Wochenblick* oder *alles roger?* gegangen sind.

Wenn die FPÖ für etwas steht, dann für sogenannte „Einzelfälle“. Wie viel System haben diese Entgleisungen in der FPÖ?

Wir haben seit Regierungsangelobung im Dezember 2017 satte 64 rechtsextreme, rassistische und antisemitische Vorfälle in den Reihen der FPÖ gezählt. Ich halte die Bezeichnung „Einzelfälle“ für falsch. Das sind schon lange keine Einzelfälle mehr. Und das ist auch nicht der Narrensaum der Partei, wie manche das immer verharmlosen wollen. Antisemitismus, Geschichtsrevisionismus und Rassismus sind in die Struktur und Geschichte der FPÖ eingeschrieben. Mich verwundern diese Vorfälle daher nicht. Schockierend ist aber, dass Kurz zu fast allen Vorfällen geschwiegen hat, um die Wahlkampfversprechen im Interesse seiner Großspender umzusetzen.



sabineschatz.at

„Wenn man täglich die roten Linien weiter nach rechts verschiebt, wandelt sich auch das politische Klima im Land.“ SPÖ-Sprecherin für Erinnerungskultur Sabine Schatz

Letztlich blieben alle diese Vorfälle auch ohne strukturelle Konsequenzen, denken wir etwa an die „Liederbuch-Affäre“ rund um Udo Landbauer, den Spitzenkandidaten zur NÖ-Landtagswahl. Nachdem sich dieser kurz zurückgezogen hat, ist er mittlerweile FPÖ-Klubobmann im Landtag. Also, was soll sich ändern, wenn diese Vorfälle großteils ohne langfristige Konsequenzen bleiben?

Kurz hat nach eigenen Angaben sehr unter so manchen Entgleisungen der FPÖ gelitten. Wie realistisch ist eine Neuauflage von Schwarz-Blau nach der Nationalratswahl?

Hatte man noch bis zur Ibiza-Affäre bei jeder Gelegenheit die harmonische Zusammenarbeit betont, soll jetzt alles anders gewesen sein? Das glaubt doch niemand. Wenn Kurz sagt, er habe viel zu ertragen gehabt, dann ist das lächerlich. Kurz wusste, wen er sich in die Regierung holt. Ertragen musste die Republik dieses türkisblaue Experiment auf Kosten der unteren 90 Prozent der Gesellschaft. Ich bin davon

überzeugt, dass wäre Kickl als Innenminister losgeworden und hätte das Schlüsselministerium für die ÖVP zurückgeholt, diese schwarz-blaue Regierung noch heute im Amt wäre. Deswegen glaube ich auch, dass eine Neuauflage von Schwarzblau realistisch ist, sollten sich für Kurz keine anderen Optionen, etwa mit den NEOS, ausgeben.

Was können wir beitragen, um das zu verhindern? Wo siehst du die zentralen Herausforderungen in der kommenden Wahlauseinandersetzung?

Die Sozialdemokratie feiert heuer ihr 130-jähriges Jubiläum. Wir waren in unserer Geschichte immer dann am stärksten, wenn wir die soziale Frage in den Mittelpunkt gestellt haben, wenn wir glaubwürdig die Positionen der breiten Bevölkerung vertreten haben. Genau dort gilt es anzusetzen: Dem Ausspielen von ganzen Bevölkerungsgruppen gegeneinander und einer Umverteilung nach oben ein Ende zu setzen.

Das ist aktive Arbeitsmarktpolitik und für Löhne und Gehälter, die allen ein gutes Leben ermöglichen – damit niemand mit Vollzeit-Job überlegen muss, wie er ein Monat übersteht. Das sind leistbare Mieten für alle und vor allem eine allumfassende solidarische soziale Absicherung. Und wir brauchen Antworten auf die brennenden Fragen der Zukunft, wie der Klimakrise, die auch eine Frage der Verteilung von Ressourcen ist. Jede und jeder muss die besten Rahmenbedingungen und Chancen für ein gutes Leben vorfinden. Und dafür brauchen wir klare und verständliche Positionen. Die rechten Wiesen sind von ÖVP und FPÖ bereits abgegrast. Dort passen wir auch schon alleine aufgrund unserer Grundwerte Freiheit, Gleichheit, Gerechtigkeit und Solidarität nicht hin. Die Sozialdemokratie steht für eine Politik für die Vielen und nicht für die wenigen Reichen.

Fortsetzung auf Seite 8



Für unsere KZ-Überlebenden und Hinterbliebenen

Die Betreuung der KZ-Überlebenden und ihrer Hinterbliebenen ist neben unserem antifaschistischen Engagement das wichtigste Anliegen der sozialdemokratischen FreiheitskämpferInnen. Jedes Opfer wird, wenn gewünscht, von uns besucht.

Insgesamt entfällt im Durchschnitt gut ein halber Tag pro Woche auf diese, natürlich ehrenamtliche, Betreuung. Die Bedeutung von Anrufen und Hausbesuchen bestehen darin, durch persönliche Gespräche der Vereinsamung der Opfer entgegenzuwirken. Da alle Betreuten schon sehr betagt sind, kümmern wir uns vor allem um ihre gesundheitliche Lage und finanziellen Anliegen. Dabei

konnten wir zum Beispiel schon oft Hilfestellung für eine Zuerkennung beziehungsweise Erhöhung des Pflegegeldes geben.

Ein besonderes Anliegen sind uns Beratung und Hilfestellung für die Zuerkennung beziehungsweise die Erhöhung von Opferrenten aufgrund haftbedingter Gesundheitsschäden.

Genosse Peter Weidner begleitet

die KZ-Überlebenden und Hinterbliebenen auch ins Sozialministeriumservice (vormals Bundessozialamt und noch früher Landesinvalidenamt), um dort mit ihnen um einen Parkausweis nach § 29 b anzusuchen und begleitet sie zum ärztlichen Sachverständigen. Diese § 29 b-Parkausweis-Bestimmungen gelten auch für Lenkerinnen und Lenker von Fahrzeugen, während sie einen Menschen, der diesen Ausweis besitzt, befördern.

Ebenso ein Anliegen ist uns die Beratung für Zuschüsse zu Heilbehelfen (Brillen, Hörgeräte,

Zahnersatz, orthopädische Versorgung usw.). Weiters leisten wir Beratung für die Zuerkennung von Zuschüssen für Spitalsaufenthalte. Auch bei der Befreiung von Gebühren für Rezepte und Rundfunk sowie der Telefongrundgebühr konnten wir schon oft helfen, ebenso bei der Eintragung des Freibetrages aufgrund des Vorliegens eines Opferausweises oder einer Amtsbescheinigung. Von den von uns Betreuten beziehen viele eine Ausgleichszulage. Für sie wird jedes kaputt gegangene Haushaltsgerät, jede neue Brille oder gar ein Zahnersatz zum großen finanziellen Problem. ■

Information zur Opferfürsorge

Alle folgend angeführten Einkommen sind monatliche Nettobeträge. Außer Betracht bleiben dabei Rentenleistungen nach dem Opferfürsorgegesetz, Pflegegelder und Unfallrenten, wenn behinderungsbedingte Mehraufwendungen nachgewiesen werden. Die Einkommensgrenzen für die Vergabe von Leistungen aus dem Ausgleichstaxfonds Opferfürsorge wurden ab 1. Jänner 2019 wie folgt erhöht.

Für **Aushilfen**: Einzelpersonen 1.678 Euro, Ehepaare (oder Lebensgemeinschaft) 2.335 Euro, Erhöhungsbeitrag pro unterhaltsberechtigtem Kind 329 Euro.

Für **Spitalsaufenthalte**: Einzelpersonen 2.012 Euro, Ehepaare (oder Lebensgemeinschaft) 2.586 Euro, Erhöhungsbeitrag pro Kind 329 Euro. Der Spitalsaufenthalt muss von mindestens zehntägiger Dauer gewesen sein. Mehrere Aufenthalte innerhalb eines Jahres können zusammengezählt werden. Die Höhe der Spitalsaushilfe beträgt 300 Euro und kann nur einmal pro Kalenderjahr gewährt werden.

Für **Darlehenszinszuschüsse**: Einzelpersonen 2.420 Euro, Ehepaare (oder Lebensgemeinschaft) 2.872 Euro, Erhöhungsbeitrag pro Kind 329 Euro.

Für Aushilfen bei **Heilfürsorgeleistungen**: Einzelpersonen 1.956 Euro, Ehepaare (oder Lebensgemeinschaft) 2.469 Euro, Erhöhungsbeitrag pro Kind 329 Euro.

Zuschüsse für **Zahnkronen** und **Brücken** 120 Euro **je Zahn**; **einohrige Hörgeräteversorgung** 720 Euro, **beidohrige Hörgeräteversorgung** 1.080 Euro; **Krankenbetten** und **Krankenfahrstühle** 720 Euro; **Schbehelfe** und **Brillen** 285 Euro; **orthopädische Schuhe** 281 Euro; **sonstige Heilbehelfe** und **Hilfsmittel** 200 Euro; **psychotherapeutische Behandlungen** (ohne Einkommensgrenze) bis zur Höhe des dreifachen Betrages des Kostenzuschusses des Krankenversicherungsträgers; für **Wahlarztkosten** (nach Abzug der Vergütung durch die Krankenversicherung) wird die Hälfte der verbliebenen Selbstkosten, höchstens jedoch bis zum Betrag von 200 Euro pro Kalenderjahr, ersetzt.

Bei allen Fragen steht Ihnen **Peter Weidner** telefonisch unter 0664/533 88 29 oder per E-Mail (p.weidner@aon.at) mit Rat und Tat zur Seite. Er besucht Sie auch zu Hause, berät Sie, füllt mit Ihnen Formulare aus und leitet diese an die zuständigen Stellen weiter.

Wir gratulieren: April bis Juni 2019

97. Geburtstag: Putz Erna, Salzburg; Nossian Ilse, Zwettl. **96. Geburtstag:** Wessely Gertrude, Eisenstadt; Seda Erika, Taussig Henriette, Wien. **95. Geburtstag:** Focke Franz, Wien. **93. Geburtstag:** Zellner Leopold, Korneuburg; Prammer Anna, Linz; Mader Gerald, Mattersburg; Fischböck Editha, Mödling; Siczkowsky Anna, Wien. **92. Geburtstag:** Buchner Alois, Braunau Am Inn; Bauer Otto, Wien. **91. Geburtstag:** Bauer Karl, Katzelsdorf; Jukl Maria, Leonding-Doppl; Kalod-Födinger Margareta, Seewalchen Am Attersee; Kalauner Alwis, Wien. **90. Geburtstag:** Humitsch Hubert, Klagenfurt; Mlnarik Adolf, St. Pölten; Pilar Alfred, Wien. **85. Geburtstag:** Zabloudil Sylvia, Klosterneuburg; Burg Werner, Mödling; Weinmann Willibald, Rannersdorf; Horvath Helene, Kaufmann Alois, Sauberer Wilhelm, Wien. **80. Geburtstag:** Stingl Alfred, Graz; Linzer Theresia, Hochwolkersdorf; Kamper Gerlinde, Kapfenberg; Proyer Adolf, Rannersdorf; Hammer Hilda, Schwechat; Mrkos Richard, Wangler Maria, St. Pölten; Stellnberger Otmar, Steyr; Fiedler Peter, Grillenhofer Herbert, Keller-Brandstaller Edeltraut, Muhr Helene, Murmann Franz, Pfitzner Anton, Pfleger Robert, Roth Adolf, Salzer Hermann, Wasservogel Peter, Wien; Grabner Arnold, Wr. Neustadt. **75. Geburtstag:** Krammer Christa, Deutschkreutz; Kallus Peter, Graz; Brenner Dietmar, Herzogenburg; Schweighofer Manfred, Neulengbach; Raitzl Maria, St. Pölten; Knotzer Friedrich, Traiskirchen; Schwarz Charlotte, Waidhofen/Thaya; Achs Oskar, Cabana Martin, Casagrande Dagmar, Fiedler Renate, Friedler Georg, Grandics Rudolf, Hanzalek Oskar, Karlsson Irmtraut, Kurz Werner, Nowotny Ewald, Oen Tiong-Bing, Ribarek Matthias, Rietenauer Karin, Sramek Gernot, Stepanek Ingrid, Toifl Gerhard, Votter Waltraud, Zchoval Hans, Wien.



Feiern im Mai 2019

Die internationale Befreiungsfeier im ehemaligen Konzentrationslager Mauthausen am 5. Mai 2019 stand unter dem Motto „Niemals Nummer. Immer Mensch“.

Das letzte Merkmal der Individualität wurde den neuen Häftlingen im letzten Akt der Einweisung genommen. Bei der Registrierung wurde jeder mit einer Nummer und dem farbigen Winkel der Häftlingskategorie versehen. Der Raub des Eigennamens gehört zu den tiefgreifendsten Verstümmelungen des Selbst. Er dokumentiert das Ende der bisherigen Lebensgeschichte.

Um 10:00 Uhr fand die sozialdemokratische Feier mit ca. 100 TeilnehmerInnen bei der Gedenktafel für Richard Bernaschek statt. Unsere ersten Rednerinnen waren die Linzer VbGm. Karin Hörzing und die Vorsitzende der SPÖ Oberösterreich, Landesrätin Birgit Gerstorfer. Genossin Hörzing formulierte eine besondere Verantwortung der Stadt Linz für die Gedenkstätte Mauthausen, sollte doch die „Führerstadt“ mit Steinen aus den Steinbrüchen des Lagers errichtet werden. Der gegenwärtigen Brutalisierung der Sprache müssten wir Werte wie Toleranz und Menschlichkeit entgegenhalten. Gin. Gerstorfer las das beeindruckende Gedicht „Dann wieder“ von Erich Fried vor. Auch sie forderte einen sensiblen Umgang mit

der Sprache und wandte sich gegen einen falschen Leistungsbegriff und eine vermeintliche Politik der Starken. Gen. Hannes Heide, öö. Spitzenkandidat für die Europawahl, erinnerte an die Gründungsidee der Europäischen Union und daran, dass die Sozialdemokratie eine internationale und internationalistische Bewegung sei.

Unsere Hauptrednerin war Nationalratsabgeordnete Sabine Schatz, Bereichssprecherin für Erinnerungskultur. Sie bedauerte, dass heute, 74 Jahre nach der Befreiung des Lagers, nur noch wenige ZeitzeugInnen unter uns wären. Besonders schmerzlich sei der Verlust unseres unvergessenen Rudi Gelbard! Gin. Schatz postulierte den Auftrag an uns Nachgeborene nicht zuzulassen, dass deren Geschichten verblassen. Wie etwa jene der Familie Langthaler, die mutig zwei im Februar 1945 Geflohene versteckte, sodass diese die „Mühlviertler Hasenjagd“ überlebten. Gerald Netzl bedankte sich namens des Bundes bei allen RednerInnen und betonte das enge und gute Verhältnis zwischen FreiheitskämpferInnen und Partei, das sich auch in dieser gelungenen Feier ausdrückte. Er bedankte



FK 00

V. l. n. r. Samuel Puttinger, Werner Anzenberger, Gerald Netzl, Birgit Gerstorfer, Sabine Schatz, Karin Hörzing, Hannes Heide und Matteo Gebhart

sich aber auch bei allen TeilnehmerInnen, die trotz miserabelsten Wetters und wie immer zeitigem Beginn von weither zur Feier gekommen waren – das zeige, welch großes Anliegen jeder und jedem Einzelnen die Teilnahme sei. Unsere Feier endete mit der Internationale.

Schon am 3. Mai hatten Nationalrats-Präsident Wolfgang Sothka und Bundesrats-Präsident Gen. Ingo Appé zur Gedenkveranstaltung gegen Gewalt und Rassismus im Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus in die Hofburg geladen, wobei Gen. Appé treffende kritische Worte fand. Die Gedenkrede hielt Prof. Bassam Tibi, der auf islamischen Antisemitismus spezialisiert ist. Irritiert hat, dass er in seiner Rede erwähnte, dass er Bundeskanzler Kurz „sehr

verehere“. Am 8. Mai luden Bundeskanzler Sebastian Kurz und Vizekanzler Heinz-Christian Strache zum Gedenken an die Befreiung vom Nationalsozialismus und an die Beendigung des Zweiten Weltkriegs in Europa, Hauptredner war der Historiker Manfred Rauchensteiner.

Am Abend des 8. Mai feierten mehrere tausend Menschen mit dem Mauthausen Komitee Österreich und den Wiener Symphonikern am Heldenplatz das bereits siebente „Fest der Freude“. Neben den Worten des KZ-Überlebenden Shaul Spielmann und von Bundespräsident Alexander Van der Bellen gab es Videobotschaften der Europäischen Kommission und von den Botschaftern der alliierten Befreiernationen.

Gerald Netzl

Otto-Bauer-Plakette für Jean Ziegler

Am 2. April 2019 ehrten wir Jean Ziegler für seinen langen Einsatz für eine gerechtere Welt mit der Otto-Bauer-Plakette. Das Karl-Renner-Institut und die SPÖ Hietzing luden zu einem sehr gut besuchten Abend. Der Schweizer Soziologe, Politiker und Autor Jean Ziegler gilt als einer der

weltweit bedeutendsten Wissenschaftler, Globalisierungskritiker und Vordenker unserer Zeit. Er ist Professor der Universität Genf und der Sorbonne in Paris.

Im überfüllten Kardinal König Haus formulierte Ziegler seine scharfe Kapitalismuskritik und sprach über sein Leben. Im An-

schluss an eine angeregte Diskussion erhielt Ziegler die Otto-Bauer-Plakette. Auf dem Foto sind auch die vier GenossInnen aus Hietzing zu sehen, die bereits zu den TrägerInnen der Plakette zählen. Jean Ziegler war sehr stolz auf die Auszeichnung, nahm sich lange Zeit, Bücher zu signieren und mit Interessierten Gespräche zu führen.



Paula Netzl

V. l. n. r. Helga Maier, Gerald Netzl, Jean Ziegler, Gerhard Schmid, Theo Maier und Ali Kohlbacher

Siebenmal Gold für Liesing!

Was wie ein Wunschergebnis bei alpinen Skiweltmeisterschaften klingt, war doch „nur“ ein Tagesordnungspunkt bei der Bezirkskonferenz in Liesing am 9. April. Die wiedergewählte Vorsitzende Genossin Kira Höfenstock, sie zählte selbst trotz ihrer Jugend zu den Ausgezeichneten, überreichte unser goldenes Ehrenzeichen für langjährige Tätigkeit (zehn Jahre und länger) an sechs verdiente FunktionärInnen.

Hervorzuheben ist vor allem Genosse Eduard Giffinger. Inhaltlich stand das Referat von SJÖ-Verbandsvorsitzender, EU-Kandidatin Julia Herr im Mittelpunkt, dem 25 GenossInnen folgten. Unter ihnen waren Bezirksvorsteher Gerald Bischof, Landtagsabgeordneter Christian Deutsch und Bezirksgeschäftsführerin Andrea Kriskhe-Bischof – Ausdruck der großen gegenseitigen Wertschätzung von Partei und FreiheitskämpferInnen im Bezirk.



Paula Netzl

V. l. n. r. Gerald Netzl, Karl Stockner, Elisabeth Giffinger, Eduard Giffinger, Helene Muhr, Christine Bauer und Kira Höfenstock



Doris Bures besucht Gedenkstätte Auschwitz

Im Rahmen einer Polenreise besuchte die Zweite Nationalratspräsidentin Doris Bures im April gemeinsam mit Hannah Lessing und Botschafter Werner Almhofer die Gedenkstätte Auschwitz. Im Stammlager besichtigte sie Block 17. Das Gebäude beherbergte bis vor kurzem die österreichische Länderausstellung, die derzeit unter Leitung des Nationalfonds neu gestaltet wird. „Österreich trägt eine historische Mitverantwortung für die systematische Vernichtung von Millionen Menschen während des Nationalsozialismus. Dieser Ver-



V.l.n.r.: Gedenkminute beim Denkmal an der Gedenkstätte Auschwitz Birkenau: Botschafter Österreichs in Warschau Botschafter Dr. Werner Almhofer, Zweite Präsidentin des Nationalrates Doris Bures, Generalsekretärin des Nationalfonds Mag.a Hannah Lessing, Honorarkonsul der Republik Österreich in Krakau Andrzej Tombiński

Städtisches Museum Auschwitz-Birkenau/Tomasz Pleisz

antwortung muss sich Österreich gerade hier, an diesem Ort, der wie kein Zweiter Symbol für das schlimmste Menschheitsverbrechen steht, sichtbar stellen“, erklärte Bures. An der Erschießungsstätte, der sogenannten „Todeswand“, legte Bures einen Kranz für die Opfer des Lagers nieder.

Im Anschluss besuchte Bures den Vernichtungsort Auschwitz-Birkenau. „Dieser Ort zeigt in entsetzlicher Weise, wohin Nationalismus, Menschenverachtung, Antisemitismus und Rassismus führen können.

Der sozialdemokratische Freiheitskämpfer und Holocaustüberlebende Rudi Gelbard, den ich das Glück hatte, kennenlernen zu dürfen, hat einmal zu mir gesagt: ‚Wir Überlebenden sind wie die Seismographen der Gesellschaft.‘ Zeitzeugen wie er haben am eigenen Leib erfahren, wie schnell Hassreden in blanke Gewalt umschlagen können und haben uns durch ihre mahnende Stimme immer wieder aufgerüttelt, wenn Hass gegen Minderheiten in unserer Gesellschaft spürbar wurden“, so die Zweite Nationalratspräsidentin. ■

Nachsehen lohnt: Über eine Gedenktafel in Kagran

Wie auf allen Betriebsbahnhöfen der Wiener Straßenbahn bestand auch am ehemaligen Bahnhof Kagran in der Wagramer Straße 71 eine engagierte und tatkräftige Gruppe des Republikanischen Schutzbundes. Einige Mitarbeiter dieses Bahnhofs erlitten in den ereignisreichen Februartagen des Jahres 1934 ein besonders tragisches Schicksal. (Details siehe „Tramway Geschichte(n)“ von Walter Farthofer). Diesen Straßenbahnern – bewusst ist von „Kämpfern und Opfern“ die Rede – wurde eine Gedenktafel gewidmet, die nach Auflassung des Bahnhofs an einer Tragwerkssäule der U1-Station Kagran angebracht war. Das Internetportal Wien Geschichte Wiki weiß zu berichten, dass besagte Tafel im Jahr 2016 abgenommen wurde. Grund für das Verschwinden ist keiner angegeben. Angesichts der lokalen Verhältnisse liegt es nahe, dass die Tafel aufgrund der sich geänderten örtlichen Gegebenheiten entfernt wurde.

Der Vorsitzende der Donaustädter FreiheitskämpferInnen Willi Soucek ging diesem ominösen Verschwinden nach. Er wandte sich an Bezirksvorsteher Ernst



Die verschwundene Tafel konnte dank des Engagements von Willi Soucek und Ernst Nevrvy wieder gefunden werden

Nevrvy, dem es zu verdanken ist, dass die Wiener Linien in diesen Tagen besagte Tafel, diesmal an einer Tragwerkssäule vor dem Eingang zu einem Aufenthaltsraum für Mitarbeiter – so gesehen, ein optimaler Standort – angebracht.

Dieses singuläre Vorkommnis zeigt uns, dass die bestehenden Denkmäler, Erinnerungs- und Gedenktafeln beileibe nicht so beständig sind, wie wir meinen. Vielmehr sollten wir uns regelmäßig vom Vorhandensein, nicht zuletzt auch vom Zustand unserer Erinnerungszeichen überzeugen und etwaig bestehende Mängel beseitigen. ■

Ludwig Steiner-Medaille für Friedrich Forsthuber



Am 23. Mai 2019 erhielt Mag. Friedrich Forsthuber im Rahmen der Veranstaltung „Mordjustiz 1944“ der Arge der NS-Opferverbände die Ludwig Steiner-Medaille der ÖVP-Kameradschaft der politisch Verfolgten und Bekennere für Österreich und die Rosa-Jochmann-Plakette unseres Bundes. Nach Absolvierung des rechtswissenschaftlichen Studiums an der Universität Wien wurde Friedrich Forsthuber am 1. März 1990 zum Richter ernannt. Nach seinem Aufstieg zu höheren Aufgaben wurde er schließlich mit 1. Jänner 2010 im Alter von 46 Jahren zum jüngsten Präsidenten in der Geschichte des Landesgerichts für Strafsachen für Wien ernannt.

Der Präsident setzt sich schon lange für eine aktive Erinne-

rungsarbeit ein. So initiierte er 2012 die Nachstellung des Schattendorf-Prozess vom Juli 1927 im Wiener Straflandesgericht anhand der Originalakten. Ende Jänner 2015 wurden an der Außenfassade des Wiener Straflandesgerichtes zehn Zeitfahnen angebracht, die an die wechselvolle Geschichte des „Grauen Hauses“ und die Strafgerichtsbarkeit von 1839 bis in

die Gegenwart erinnern. Die Tafeln erinnern an die Gräueltaten des NS-Regimes und an die Abschaffung der Todesstrafe in Österreich. Zur Erinnerung an alle Opfer der NS-Justiz wurde am 21. April 2015 auf seine Initiative das Mahnmal „369 Wochen“ enthüllt. Das Landesgericht ist oft Gastgeber für zeitgeschichtliche Symposien und Seminare. ■

Niederösterreich: Anton Heinzl wiedergewählt

Am 13. Mai fand die Landeskonferenz der Sozialdemokratischen FreiheitskämpferInnen Niederösterreich in St. Pölten statt. Als Vorsitzender stellte sich Abg. zum NR aD Anton Heinzl zur Wiederwahl und wurde mit beeindruckenden 98,8 Prozent der Stimmen in seiner Funktion bestätigt. Mit seinem Team steht Anton Heinzl für eine deutliche Abgrenzung zu allen menschenverachtenden oder hetzerischen Entwicklungen in politischen und gesellschaftlichen Leben unseres Bundeslandes.

Diese Konferenz stand ganz im Zeichen Europas. Mit Günther Sidl, dem niederösterreichi-

schen Spitzenkandidat der SPÖ zur Wahl zum EU-Parlament, fand das politische Hauptreferat ein deutliches Statement gegen den drohenden Rechtsruck und Nationalismus, der in vielen europäischen Ländern um sich greift statt.

Bundvorsitzender Gerald Netzl konnte in seinen Grußworten auf die Bedeutung der antifaschistischen Bildungsarbeit innerhalb der sozialdemokratischen Bewegung ebenso wie im gegenwärtigen Hype um „starke“ Männer wie Kurz und Strache eingehen.

Gratuliert wurde auch einer wichtigen Unterstützerin der



Die Redaktion gratuliert Anton Heinzl und seinem Team zur Wahl und wünscht viel Erfolg bei der antifaschistischen Arbeit in NÖ!

FreiheitskämpferInnen in Niederösterreich. Die ehemalige Vorsitzende der SPÖ Niederösterreich Heidemaria Onodi erhielt für ihr jahrzehntelanges,

ehrenamtliches Engagement im sozialen Bereich die Josef-Afritsch-Plakette von der österreichischen Volkshilfe verliehen. ■

Stärker. Gemeinsam.



Camila Garfias ist Präsidentin des europäischen LGBTIQ-Netzwerks „Rainbow Rose“ und SPÖ-Kandidatin für das europäische Parlament

SoHo ist die Organisation, die Schwule, Lesben, Bisexuelle, Trans*, intergeschlechtlichen und queere Personen (LGBTIQ) in der SPÖ organisiert. Auf EU-Ebene ist die SoHo in Rainbow Rose, der Dachorganisation aller sozialdemokratischen LGBTIQ-Initiativen, organisiert. Mit Camila Garfias ist seit 2018 erstmals eine Österreicherin Präsidentin dieses europäischen

Netzwerks. Gemeinsam kämpfen wir für die Gleichstellung von LGBTIQs, echte Akzeptanz und eine vielfältige, weltoffene Gesellschaft.

Gerade heute ist es wichtig zu wissen, dass die Europäische Union zentrale Beiträge zur Gleichstellung von LGBTIQs geleistet hat. Bahnbrechende Errungenschaften, wie das Verbot von Diskriminierungen am Arbeitsplatz, wurden erst durch europäische Regelungen möglich. Deshalb ist ein Schulterschluss der SoHo mit unseren Schwesternorganisationen innerhalb von Rainbow Rose besonders wichtig.

Während der Kampf um Gleichstellung innerhalb der EU immer stärker zugunsten von Konzerninteressen an den Rand gedrängt wird, wissen wir, dass ein anderes Europa möglich ist – ein Europa in dem Solidarität und Menschenrechte ein Grundprinzip jeder Politik sind!

Daher setzen wir uns bei der anstehenden EU-Wahl für einen „Regenbogenpakt“ für Europa ein. Die nächste Periode des EU-Parlaments muss der Gleichstellung und dem Kampf für die Menschenrechte aller Unionsbürger_innen einen zentralen Stellenwert einräumen – gerade das ist es nämlich, was Europa ausmachen muss:

- Eine bindende EU-Strategie zur Sicherung und zum Ausbau der Rechte von LGBTIQ-Personen auf europäischer Ebene
- Das Verbot von Diskriminierung im Privatleben (z.B. beim Zugang zu Dienstleistungen)
- Eine Europäische Union, die aktiv gegen Angriffe auf Menschenrechte und demokratische Prinzipien vorgeht – innerhalb der Union, genauso wie außerhalb
- Vollen Schutz für intergeschlechtliche und Trans*-Personen in Europa
- Eine Europäische Union, die Menschenrechte zum Kompass ihrer Außenpolitik macht
- Schutz & Anerkennung für LGBTIQ-Schutzsuchenden ■

„Ein Europa der Solidarität, Vielfalt und Menschenrechte!“

Welche Rolle spielt die Europäische Union für die LGBTIQ-Community?

Garfias: Die EU ist gerade für LGBTIQ-Personen von besonderer Bedeutung. Viele der wichtigsten Schritte gegen Diskriminierung sind direkt oder indirekt nur durch die EU möglich geworden! Denken wir hier bloß an Entscheidungen des Europäischen

Gerichtshofs für Menschenrechte was die Anerkennung von gleichgeschlechtlichen Ehen in ganz Europa angeht.

Warum braucht es im Kampf für Gleichberechtigung gerade die EU?

Garfias: Die Antwort sehen wir leider Tag für Tag. Wir erleben derzeit einen Angriff

auf unsere gesellschaftlichen Errungenschaften – egal ob in Polen, in Ungarn oder leider auch in Österreich. LGBTIQs werden als leichte Opfer von rechter Hetze entwürdigt und ihre Rechte werden regelmäßig in Frage gestellt. Deshalb braucht es eine EU, die aktiv die Grund- und Freiheitsrechte ALLER Bürger_innen verteidigt, insbesondere jene von Minderheiten!

Massiv der Namen

Waltraud Barton vom Verein IM-MER war am 28. März 2019 in Minsk/Maly Trostinec bei der Einweihung des „Massiv der Namen“ durch Präsident Alexander Lukaschenko, Belarus, und dem damaligen Bundeskanzler Sebastian Kurz.

Das „Massiv der Namen“ zeigt die Vornamen jener 9.547 Österreicherinnen und Österreicher, die als jüdisch verfolgt 1941 und 1942 in 10 großen Deportationszügen von Wien nach Minsk/Maly Trostinec gebracht und ermordet worden sind.

Waltraud Barton berichtet für den „Kämpfer“. Seit der Gründung des Vereins IM-MER 2010 habe ich um ein offizielles Erinnerungszeichen der Republik Österreich kämpfte, bis dahin hatte weder Belarus noch Österreich der Toten gedacht.

Robert Trepper, Ida Karp-Fischer, Irene Kohn, Slawa Braun, Theresia Kohn, Rosa Bachrich, Lea Pelz, Sigmund Körner, Ignaz Kweller, Paula Fischer, Harry

Zimmermann, Lilli Rappaport, Frimet Goldstein, Adolf Kornfein, Henczia Sternhell, Ignatz Nasch, Aron Steinfeld, Elsa Jozsefi, Henriette Teller, Elsa Bacher, Eugenie Wachs, Irene Goldschmied, Gisela Kirnbauer, Simon Klein, Alice Brust, Max Goldfinger, Berl Gross, Marie Prinz, Arthur Loschitz, Alfred Grab – alle am 28. März geboren, von Wien nach Minsk/Maly Trostinec deportiert und ermordet: Bei der Einweihung verlas ich ihre Namen, Shmuel Barzilai, Oberkantor des Wienerstadtempels, sang „El Male Rachmim“ und für Arthur Loschitz, der am 28. März 2019 90 Jahre alt geworden wäre, hatte ich ein Namensschild angefertigt, das Bundeskanzler Sebastian Kurz gemeinsam mit Oskar Deutsch, Präsident der IKG Wien, in der Blagowschtschina aufhängte.



Ben Bouvier

Waltraud Barton, Obfrau und Gründerin des Vereins IM-MER Maly Trostinec erinnern und Initiatorin des Grabmals. Webtipp: www.IM-MER.at

Direkt über den Schildern für meine Verwandten Rosa, Viktor und Herta Ranzenhofer. Auch Herta hätte 2019 ihren 90. Geburtstag feiern können, sie wäre meine Tante Herta geworden.

Ihr Bruder Alfons war nach England entkommen, Herta aber war mit ihren Eltern genauso wie alle anderen sofort nach ihrer Ankunft in Maly Trostinec ermordet worden, das Wäld-

chen Blagowschtschina, wo die Massenerschießungen stattgefunden hatten, heißt übersetzt „Wohlfühlort“. Auch Alfred Grab, der letzte auf der Liste der Geburtstagskinder vom 28. März, hatte dort den Tod gefunden, aber – wie alle anderen – kein Grab bekommen, keinen Grabstein. Bis zur Einweihung des „Massiv der Namen“, dem Erinnerungszeichen der Republik Österreich. ■

Kunstinstallation gegen das Vergessen und für das Erinnern

Die Kunstinstallation von Seiji Kimoto, die am Loibl-Nord im Rahmen eines Festaktes im Mai ihrer Bestimmung übergeben wurde, ragt sechs Meter in die Höhe. Das künstlerische Objekt soll an die Sklavenarbeit der KZ-Häftlinge von Mauthausen beim Tunnelbau am Loibl 1943-1945 erinnern und nicht nur die Toten unvergessen machen, sondern auch die Gräueltaten und Experimente, derer sie zum Opfer fielen.

Manfred Morokutti vom Mauthausen-Komitee Kärnten/Koroška betonte in seiner Begrüßung, dass die Installation „ein weiterer Schritt sei, das dunkle Kapitel des Landes in das Bewusstsein der Bevölkerung zu rücken“.

Landeshauptmann Peter Kaiser erklärte, dass die Installation „wohl die wichtigste Schenkung an das Land Kärnten und die Übergabe der Kunstinstallation eine der bedeutendsten Erinnerungsveranstaltungen sei“. Selbst wenn man heute den Ort durch eine Erinnerungskultur in ein positives Licht rücken könne, so werde man ihn laut Kaiser, immer wieder mit den über 1.800 Häftlingen in Verbindung bringen, die „zu Tode geschunden oder Opfer einer menschenverachtenden Experimentierpolitik wurden“. Er

erinnerte auch daran, dass das Bewusstsein für eine Erinnerungskultur erst anstieg, als das Bekenntnis Österreichs einsetzte, nicht nur Opfer des NS-Regimes zu sein, sondern auch Täter. „Die Wichtigkeit des Gedenkens weist sich heute einmal mehr in einer Zeit, in der antieuropäische Gedanken und Rechtspopulismus mehr Raum gewinnen und sich tief in unseren Umfeldern Ansätze von Xenophobie ausbreiten“, sagte der Landeshauptmann.

In seiner Rede erklärte der Initiator des Projektes, Univ.-Prof. Peter Gstettner, nicht nur die dreiteilige Skulptur, sondern wünschte sich, „dass die Gedenk-Installation Strahlkraft weit über die Grenze hinaus erreicht. Nie mehr sollten Menschen hinter einem Stacheldraht konzentriert werden!“



memorial.at

Seiji Kimoto, Peter Kaiser und Peter Gstettner vor der Kunstinstallation am Loibl

Die Kunstinstallation von Seiji Kimoto ist nicht nur ein Nachdenk-Geschenk an das Land Kärnten, sondern auch eines an die Alpen-Adria-Region und ihr internationales Publikum. Das heutige Europa müsse laut Kimoto das gemeinsame Friedensprojekt gegen die nationalistischen Egoisten und Angriffe verteidigen, die die EU zu zerstören versuchen.

Gefertigt wurde die Figur von Lehrlingen des GPS-Ausbildungszentrums Villach. Unterstützt wurde das Projekt des Mauthausen-Komitees vom Österreichischen Städtebund, Landesgruppe Kärnten, von der Kärntner Landesregierung und dem Kultusministerium des Saarlandes. Vinzenz Jobst ■



Zur unsäglichen NS-Medizin

Im März 2019 wurde in der Gedenkstätte Steinhof im Otto-Wagner-Spital der neu erschienene Katalog zur Ausstellung „Der Krieg gegen die Minderwertigen“ vorgestellt.

Wie wir wissen übernahm die Medizin im Nationalsozialismus eine perverse Aufgabe: Die „Ausmerzungen“ von als „minderwertig“ oder „lebensunwert“ qualifizierten Menschen. Personen mit Behinderungen oder psychischen Krankheiten, Angehörige sozialer Randgruppen und Unangepasste wurden verfolgt, eingesperrt und der Vernichtung preisgegeben.

Die Heil- und Pflegeanstalt Am Steinhof wurde 1938 zum Wiener Zentrum der NS-Tötungsmedizin, die mindestens 7.500 PatientInnen, darunter vielen Kindern, das Leben kosten sollte. Ausgehend von den Geschehnissen auf dem Gelände der Heil- und Pflegeanstalt

Am Steinhof dokumentieren die Ausstellung in der Gedenkstätte und der Katalog die Hintergründe der Verbrechen und den Umgang damit bis in die jüngste Vergangenheit. Verantwortlich für den Katalog zeichnen Herwig Czech, Wolfgang Neugebauer und Peter Schwarz.

1940/41 wurden im Rahmen der „Aktion T4“ mehr als 3.200 Patientinnen und Patienten aus der Anstalt abtransportiert und im Schloss Hartheim bei Linz ermordet. Nach deren Stopp im August 1941 wurde die „Euthanasie“ anstaltsintern mit Hilfe gezielter Mangelernährung und systematischer Vernachlässigung fortgesetzt. Mehr als

3.500 weitere PatientInnen fielen Hunger und Infektionen zum Opfer.

Von 1940 bis 1945 existierte auf dem Anstaltsgelände unter der Bezeichnung „Am Spiegelgrund“ eine so genannte „Kinderfachabteilung“, in der ca. 800 kranke oder behinderte Kinder und Jugendliche getötet wurden. Ihre sterblichen Überreste befinden sich seit 2002 in der Gruppe 40 auf dem Zentralfriedhof. Hier sollen auch die drei bereits vor mehreren Jahren erschienenen Bücher von Waltraud Häupl zur Kinder-„Euthanasie“ erwähnt werden, die wertvolle Quellen für die lokale Erinnerungsarbeit darstellen. GN ■



Herwig Czech, Wolfgang Neugebauer, Peter Schwarz:
„Der Krieg gegen die „Minderwertigen“ - Katalog zur Ausstellung in der Gedenkstätte Steinhof im Otto-Wagner-Spital der Stadt Wien.

DÖW, Wien, 2018,
ISBN: 978-3-901142-73-4,
243 Seiten, € 25,00.

Gedenkstätte Grafeneck in Baden-Württemberg

In der Tötungsanstalt Grafeneck wurden im Jahr 1940 im Rahmen der Krankenmorde in der Zeit des Nationalsozialismus, der so genannten Aktion T4, systematisch 10.654 Menschen mit Behinderung ermordet.

Gomadingen ist ein kleiner Ort in der Schwäbischen Alb südlich von Stuttgart. Die Herzöge von Württemberg ließen um 1560 das Jagdschloss Grafeneck erbauen, 1930 richtete die evangelische Samariterstiftung darin ein Heim für Behinderte ein. Was man nicht ahnen konnte: Schloss Grafeneck bzw. ein Nebengebäude sollte eine von sechs Tötungseinrichtungen im Rahmen der „Aktion T4“ werden. Im Schloss wurden Wohn- und Verwaltungsräume und ein Standesamt eingerichtet. Auf dem Schlossgelände wurden eine Holzbaracke mit etwa 100 Betten, ein Stellplatz für die grauen Busse, ein Krematoriumsöfen und ein Erstickungsschuppen erbaut. In den nur zwölf Monaten ihres Betriebes ermordeten die Nazis 1940 insgesamt 10.654 Menschen in einer Gaskammer.

Seit den 1950er Jahren wird mit

zwei Urnengräbern und einem Gedenkort auf dem Friedhof mit einer offenen Kapelle an die Morde in der Zeit des Nationalsozialismus erinnert. Auch gibt es eine künstlerisch gestaltete Gedenkstätte. Am Zugang zur Gedenkstätte befindet sich eine in die Erde eingelassene steinerne Schwelle, die die über vierzig baden-württembergischen und bayerischen Einrichtungen und Heime nennt, aus denen Menschen zur Tötung nach Grafeneck gebracht wurden.

In Grafeneck erlernten die Massenmörder der „Aktion Reinhardt“, etwa SS-Hauptsturmführer Christian Wirth, ihr blutiges Handwerk für die Vernichtung des polnischen Judentums. Wer „Grafeneck“ (oder „Hartheim, Hadamar, Bernburg, Brandenburg oder Pirna-Sonnenstein“) sagt, muss auch „Treblinka, Sobibór und Belzec“ sagen.



Ein Besuch der Ausstellung lohnt sich

1995 wurde das „Gedenk- und Namensbuch“ mit über 8.000 Namen der Opfer geschaffen, das seit Oktober 1998 frei zugänglich und einsehbar ist. Die Recherche nach den weiteren unbekanntenen Namen ist nach wie vor in Arbeit.

Seit Oktober 2005 beherbergt Grafeneck ein sehenswertes Dokumentationszentrum. Jedes

Jahr besuchen 15.000 – 20.000 Menschen, darunter vor allem solche, die einen Gesundheits- und Pflegeberuf erlernen aber auch Polizei- und Bundeswehrgruppen die Ausstellung „Euthanasie“-Verbrechen in Südwestdeutschland. Grafeneck 1940 – Geschichte und Erinnerung“. Die Ausstellung ist zur Gänze in einem Katalog abgebildet. GN ■



Fortsetzung Interview von Seite 1

Rechtsextreme „Identitäre“ und FPÖ-Granden verbringen bekanntlich gerne gemeinsam Zeit beim Wirt, auf Demos oder im Büro. Sind die Kontakte enger als von der FPÖ behauptet?

Seit die Spende des rechtsextremen Attentäters von Christchurch an den Sprecher der österreichischen Identitären bekannt wurde, wird die FPÖ nicht müde zu betonen, dass sie sich von den Identitären distanziert, dass es sogar einen Beschluss gibt, der besagt, dass FPÖ-Funktionäre nicht Mitglied der Identitären sein dürfen. Alleine, dass es diesen Beschluss braucht,

zeigt, wie tief derartige Verbindungen sind. Die FPÖ hat die Identitären von Beginn an wohlwollend begleitet. Die personellen, räumlichen, organisatorischen und vor allem ideologischen Verbindungen sind zigfach nachweisbar.

Was von der Kurz'schen Regierungskrise überschattet wurde: Auf der Wiener Ringstraße wurden Portraitfotos von Holocaust-Überlebenden geschändet, die dort im Rahmen einer Kunstinstitution zu sehen sind. Du hast dazu auch eine parlamentarische Anfrage an den Innenminister eingebracht. Welchen Anteil hat das politische Klima an solchen Taten?

Das ist wirklich schockierend und beschä-

mend. Die Ausstellung von den Portraits der Holocaust-Überlebenden war schon auf der ganzen Welt unterwegs, ausgerechnet in Österreich sind die Bilder mehrfach geschändet worden. Das ist unfassbar und schließt an die Eingangsfrage an. Wenn man täglich die roten Linien weiter nach rechts verschiebt, wandelt sich natürlich auch das politische Klima im Land. Das zeigen auch die Zahlen rechtsextremer Straftaten, die seit 2015 auf einem Dauerhoch sind. Was mich optimistisch stimmt, ist vor allem die großartige Zivilcourage der vielen Freiwilligen, die bei den Bildern Wache gehalten haben.

Vielen Dank für das Gespräch!

Das Rote Wien: Ideen, Debatten, Praxis Ausstellung im Wien Museum

Seit Ende April ist im Wien Museum eine Ausstellung zu sehen, die wohl die größte Epoche der Stadt Wien illustriert: „Das Rote Wien 1919-1934“. Das Rote Wien spiegelt eine Ära wider, in der der Austromarxismus in seiner theoretischen Formulierung seine praktische Ausformung fand.

Sie betrifft alle Politikbereiche in der Beantwortung der Frage „Wie leben?“.

Diese Frage umfasst alle Berei-

che des täglichen und menschlichen Lebens. Es geht um Wohnen, Schule, Fürsorge, um das Verhältnis der Geschlechter, Volksbildung, ArbeiterInnenkultur und Kunst. Die Ausstellung greift auf eine jahrzehntelange Forschung über das Rote Wien zurück und reflektiert den gegenwärtigen Kontext, der dieser Großstadt als „Veralltäglichere Utopie“ als eingebrannt erscheint. Das Rote Wien wird als Projekt der Emanzipation und der Teilhabe dargestellt, als eine „Idee des

modernen Gemeinsinns“. Das Rote Wien ist nicht nur eine Stadt der Tatsachen, sondern der Möglichkeiten.

Ein sozialdemokratisches Experiment, welches durch die ersten freien Wahlen im Jahre 1919 seinen Ausgang und in der „Kälte des Februars 1934“ sein Ende nahm.

Der Ausstellungskatalog greift diese Bandbreite auf. Dementsprechend umfangreich präsentiert sich dieses Werk. Es

versucht, in die Zukunft zu blicken. Tatsächlich gilt das Rote Wien als Vorbild für viele andere Großstädte. Das betrifft vor allem den sozialen und kommunalen Wohnbau. Abordnungen anderer Städte besuchen immer wieder Wien, um für den sozialen Wohnbau ihrer eigenen Stadt Erkenntnisse zu gewinnen. Die Publikation ist umfangreich bebildert.

Die Ausstellung ist noch bis zum 19. Jänner 2020 im Wien Museum zu sehen. CM

Warum Antifaschismus?

Warum Antifaschismus? Nur auf den ersten Blick eine einfache Frage, die gerne mit Aussagen wie „Damit es nie wieder so weit kommt, dass autoritäre, faschistische Ideen und Strukturen wiederkommen!“ beantwortet wird.

Das Problem dabei ist, dass diese Ideen schon längst wieder da sind (oder besser gesagt: nie weg waren) und die Strukturen derzeit Stück für Stück aufgebaut werden. Überall in Europa werden politische Handlungen gesetzt, um faschistischem Gedankengut den bestmöglichen Nährboden zu bieten. Die vergangene österreichische Bundesregierung ist hierbei das beste Beispiel, indem sie Armut fördert, die Sprache radikalisiert und „Schuldige“ definiert. Und dagegen muss die Sozialdemokratie auftreten. Überall und jedeR einzelne.

Für den Kampf gegen diese faschistischen Tendenzen brauchen wir unendlich viel

Kraft und wenn die Entwicklung weiter in diese Richtung geht, wird der Kampf noch intensiver und auch gefährlicher werden.

Um die Kraft und vor allem den Mut für diesen Kampf zu schöpfen, brauchen wir nicht nur das Wissen um die Sache, sondern auch Emotionen, die uns den Antifaschismus direkt ins Herz pflanzen.

So haben wir als SPÖ-Donaufeld „Antifaschistische Wochen“ ausgerufen. Wir besuchten gemeinsam mit der Sozialistischen Jugend Floridsdorf und den Floridsdorfer Sozialdemokratischen FreiheitskämpferInnen am 13. April die Gedenkstätte Mauthausen (danke an den Landesverband Wien für den Buskostenzuschuss!).

Regelmäßig nehmen unsere AktivistInnen an der Befreiungsfeier teil und für den 7. Mai organisierten wir heuer erstmalig einen antifaschistischen Spaziergang durch das Bezirkszentrum an die sensiblen Orte Floridsdorfs.

Mit diesen Erfahrungen im Herzen machen wir den Antifaschismus immer wieder und überall – innerhalb und außerhalb der Partei – zum Thema.

Denn wenn wir schweigen, laufen wir einerseits Gefahr uns vorwerfen lassen zu müssen, das was da kommt, zugelassen zu haben und andererseits: Wer soll denn den Kampf aufnehmen, wenn wir bei den Menschen nicht schon jetzt das Bewusstsein für die Wichtigkeit und die Notwendigkeit des Kampfes wecken?

Darum Antifaschismus!

Dieter Preinerstorfer



SPÖ-Donaufeld, SJ und FreiheitskämpferInnen Floridsdorf in der Gedenkstätte des ehemaligen KZ-Mauthausen



Die FPÖ und die Identitären

Die Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ) ist die Partei der „Einzelfälle“. Die Liste dieser Einzelfälle scheint unendlich lang zu sein und beinhaltet auch eine problematische Verbindung, über die in den letzten Wochen heftig diskutiert und berichtet wurde: ihre Kontakte zur rechtsextremen Gruppe der sogenannten Identitären.

Die Identitäre Bewegung findet ihre Wurzeln in Frankreich. Nachdem die rechtsextreme Gruppe *Unité Radical* wegen eines Mordanschlags auf Jacques Chirac 2002 durch die französische Regierung aufgelöst worden war, gründete ihr Sprachrohr, Fabrice Robert, die Partei *Bloc Identitaire*. Ein wesentlicher Vordenker der „Neuen Rechten“ ist der französische Philosoph und Publizist Alain de Benoist.

Die Identitäre Bewegung wurde in Österreich im Jahre 2012 als Verein zur Erhaltung und Förderung der kulturellen Identität gegründet. Als bekanntester Sprecher der österreichischen Identitären fungiert der ehemalige Vereinskassier Martin Sellner, der einen Bachelor in Philosophie hält. Martin Sellner wurde in der deutschnationalen Burschenschaft Olympia sozialisiert, in der auch viele bekannte FPÖ-Politiker Mitglieder sind oder waren.

Die Identitäre Bewegung ist eine rechts-extreme Organisation, die vielfach – ob in Theorie, Stil, Ästhetik und Rhetorik – Anleihen an faschistischen Orientierungen und Ansätzen nimmt. Sie zeichnet sich durch einen hohen Grad an Aktionismus aus, was beispielsweise eine Störaktion gegen Elfriede Jelineks Theaterstück „Die Schutzbefohlenen“ am Burgtheater zu Wien im April 2016 belegt. Die Identitären enthüllten auf dem Dach des Wiener Burgtheaters ein Transparent mit der Aufschrift „Heuchler“ und warfen Flugblätter ab. Den Ehrenschutz über die Aufführung übernahm Nationalratspräsidentin Doris Bures (SPÖ), die auf der Website der Identitären auf das Übelste angegriffen wurde. PolitikerInnen wie Frau Bures hätten – nach Ansicht der Identitären - illegale Einwanderer hofiert.

Die Identitäre Bewegung ist streng hierarchisch organisiert und sieht sich nicht als klassische Jugendbewegung, die als mögliche „Spaßorganisation“ abgetan und heruntergemacht werden könnte. Vielmehr hat sich die Identitäre Bewegung die professionellen Strukturen von NGOs abgeschaut, wie z.B. von Greenpeace. Die Identitäre Bewegung etabliert ein betriebswirtschaftliches Management, welches professionell agiert. Sie versucht, als moderne Firma zu agieren, die Betriebswirtschaft missbrauchend!

Der Aktionismus und der Missbrauch der Betriebswirtschaft gehen einher mit einem extrem starken Auftritt in den sozialen Medien.



No pasarán! Am 13. April sammelten sich fast zehnmal so viele AntifaschistInnen in Wien, um gegen einen Aufmarsch der Identitären Flagge zu zeigen

Der Umgang mit den modernen Technologien kann als äußerst intelligent eingestuft werden. Gerade rechte Parteien haben das Potenzial in den Social Medias schon frühzeitig erkannt.

Grundkonzept der Identitären ist der „Ethnopluralismus“. Die Identitäre Bewegung propagiert die „Überordnung des Volkes“ als „organische Gemeinschaft“. Die Identitären sehen sich als elitäre Organisation. Eine selbsternannte politische Elite, in der nicht alle Mitglied, Funktionär, oder Aktivist sein können.

Der Verfassungsschutz stuft die Identitären aufgrund Ihrer Aktionen und Programmatik als eindeutig rechtsextrem ein. Seit dem Jahr 2015 haben sich die islam-, fremden- und asylfeindlichen Aktionen der Identitären erhöht, wobei der Aktionsradius nicht auf Österreich beschränkt bleibt. Das zeigt die europaweite bzw. internationale Kampagne „Defend Europe“. Mittels eines gecharterten Schiffes versuchten Identitäre aus Deutschland, Frankreich, Italien, Österreich und der Schweiz Maßnahmen gegen die Migration von Flüchtlingen aus Afrika im Mittelmeer zu setzen. Der Vizekapitän dieses Schiffes war ein ehemaliger Mitarbeiter des FPÖ-Politiker Christian Höbart.

Berührungspunkte zwischen Identitären

und der FPÖ gab und gibt es gegenseitig keine. Immer wieder kommentierte Martin Sellner FPÖ-Wahlsiege auf den sozialen Medien positiv, Identitäre landeten offenbar als Mitarbeiter in ehemals freiheitlich geführten Ministerien und Identitäre tauchen regelmäßig auf Veranstaltungen der FPÖ auf.

Die FPÖ unter Ex-Chef Heinz Christian Strache zeigte und zeigt ebenfalls keine Berührungspunkte gegenüber der Identitären Bewegung. Strache stellte immer wieder Beiträge der Identitären auf seine Facebook-Seite, 2018 teilte er ein Werbevideo und lobte ihren „friedlichen Aktionismus“. Und nachdem Strache den identitären Begriff „Bevölkerungsaustausch“ in den Mund nahm, war der kurzzeitige Liebesentzug Martin Sellners gegen Strache, der sich wegen einer Spende des Christchurch-Attentäters in Neuseeland von den Identitären distanzieren musste, auch gleich wieder vorbei und vergessen. Martin Sellner lobte die Wortwahl, die Strache als einen Ausdruck der Realität sieht.

Das verheißt nichts Gutes. Mit weiteren „Einzelfällen“ im rechtsextremen Spektrum und rund um die FPÖ ist zu rechnen.

Claus Michl-Atzmüller ■



Es ist wieder Donnerstag!

Und die Betonung liegt auf „wieder“. Seit 4. Oktober 2018 gehen allwöchentlich wieder tausende Menschen auf die Straße, um der – mittlerweile der Vergangenheit angehörenden – schwarz/türkis-blauen Regierung den Kampf anzusagen.

Ein Beispiel haben sich die VeranstalterInnen an den im Jahr 2000 stattgefundenen Donnerstags-Demonstrationen genommen und diese wiederbelebt. Um der Tradition treu zu bleiben und an 2000 zu erinnern, fand die „erste“ Donnerstags-Demo (Do-Demo) am Ballhausplatz statt. Laut VeranstalterInnen haben sich 20.000 Demonstrierende dort eingefunden. Es war sehr beeindruckend und gleichzeitig Mut

machend zu sehen, wie viele Menschen ein Zeichen gegen diese Regierung setzen wollten und immer noch wollen.

In den darauffolgenden Wochen stand jede Demo unter ihrem eigenen Thema und bekam ihre eigene Route, um auf die verschiedensten Missstände und Absurditäten der Regierung aufmerksam zu machen oder Verbündete, die nicht an der Demo teilnehmen konnten, zu unterstützen (z.B. GewerkschafterInnen bei KV-Verhandlungen). Generell wird darauf geachtet, die Veranstaltung divers zu gestalten. Der Demobus ist immer mit dabei mit immer anderen RednerInnen und musikalischer Begleitung. Natürlich wird auch darauf geachtet, dass das Geschlechterverhältnis ausgeglichen ist und nicht nur „alte weiße Männer“ zu Wort kommen. Apropos nicht mehr jung: jede Woche ist eine große Gruppe der „Omas gegen rechts“ mit dabei und protestiert lautstark mit.



Foto: Donnerstag

Ein Eindruck vom 18. Mai am Ballhausplatz, nachdem das Ibiza-Video publik wurde. Die Demos werden auch jetzt weitergeführt

Dass die Do-Demos ein eher jüngeres Publikum ansprechen, sei auch gesagt. Die Social Media Präsenz trägt auf jeden Fall viel dazu bei. Ob auf Instagram, Facebook oder ihrer eigenen Website (www.wiederdonnerstag.at), es werden fast täglich Updates gepostet. Das macht es für mich und andere junge Menschen, die diese Plattformen nutzen, natürlich weitaus einfacher auf dem Laufenden zu bleiben.

Der Hauptgrund die Demos zu besuchen, ist ganz klar um seinen Unmut zu den politischen Geschehnissen zu äußern. Doch ein schöner Nebeneffekt ist, dass man immer Leute trifft, die man kennt und mit Gleichgesinnten einen schönen Abend verbringen kann. Da wird politisches Engagement und Zeit mit FreundInnen und netten Bekannten zu Einem. Auf jeden Fall erwähnt werden muss auch, dass die allgemeine Stimmung immer sehr friedlich und ausgelassen ist. Niemand ist auf Stress aus. Man sieht auch immer wieder Eltern mit ihren Kindern, die mitprotestieren und teilweise Schilder mit dabei haben.

Die wohl bis jetzt bedeutendste Do-Demo fand ironischerweise an einem Samstag statt (18. Mai) – wieder am Ballhausplatz – als alle darauf gewartet haben, dass unser Noch-Kanzler sich endlich zu Wort meldet nach den veröffentlichten Ibiza-Videos. Doch wer jetzt denkt, dass nun Schluss ist mit dem wöchentlichen Protest, der hat sich getäuscht. Paula Netz ■

Hadersdorf: Namen der Opfer bleiben

Die Intervention der NÖ Landesregierung hat nach jahrelangen Protesten seitens der Opferorganisationen - schließlich bei der Bürgermeisterin von Hadersdorf-Kammern dazu geführt, eine Tafel mit korrektem Text anzubringen. Seit April 2019 ist nun für die Öffentlichkeit ersichtlich, dass es sich bei den 61 SS-Opfern von 1945 um politische Gefangene handelte - und nicht um Kriminelle, wie man bislang annehmen konnte, da das Wort, politische am vor wenigen Jahren angebrachten Gedenkstein gefehlt hatte.

Auch die immer wieder in illegalen Aktionen montierten - und von der Gemeinde stets wieder abmontierten - Tafeln



FreiheitskämpferInnen NÖ

mit den Namen der Opfer dürfen nun bleiben, womit genau an der Stelle der schrecklichen Geschehnisse nun endlich ein würdiges Gedenken ist. Näheres über das Massaker, aber auch über die lange, jüngere Geschichte der Aufarbeitung und des Gedenkens findet sich auf www.gedenkstaette-hadersdorf.at KM ■

Gedenken in Stein

Seit der Amtsübernahme durch SPÖ-Bürgermeister und Rosa-Jochmann-Plaketenträger Reinhard Resch werden die jährlichen Gedenkfeiern in und um die Justizanstalt Krems-Stein nicht mehr von der ARGE der NS Opferverbände, sondern direkt von der Stadt Krems organisiert.

Anwesend waren heuer von unserem Bund der NÖ-Landesvorsitzende Anton Heinzl, der auch eine vielbeachtete Rede hielt, der geschäftsführende Landesvorsitzende Harald Ludwig sowie der Kremser Bezirksvorsitzende Klaus Bergmaier. Auch die anderen Organisationen der ARGE waren prominent vertreten, ebenso wie offizielle Delegationen von Griechenland und Polen.

Neben dem als sogenannte „Kremser Hasenjagd“ bekannten Verbrechen, bei dem hunderte



FreiheitskämpferInnen NÖ

Unser Bild zeigt Bgm. Dr. Reinhard Resch vor diesem Denkmal.

bereits entlassenen politische Gefangene in und um Krems gejagt und getötet wurden (besonders grausam u.a. von der SS in Hadersdorf) gab es im April 1945 auch ein grausames Massaker an polnischen Gefangenen.

Es finden sich dafür Denkmäler am Friedhof Stein (für alle Opfer bzw. neu seit einigen Jahren eines für die polnischen Opfer), vor der Justizanstalt (speziell für griechische Opfer) und innerhalb der Justizanstalt. ■



Der Chemiker und Schriftsteller Primo Levi

1919, im Geburtsjahr Primo Levis, wurde die Deutsche Arbeiterpartei gegründet, die sich im Jahre 1920 in „Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei“ (NSDAP) umbenannte. In Italien begründete Mussolini die fasci di combattimento, die Kampfgruppen der späteren Faschistischen Partei.

Primo Levi, der aus einem bürgerlichen Hause stammte, studierte Chemie. Er wuchs in dieses faschistische Klima hinein. Sein Vater, der viel in Ungarn und Frankreich tätig gewesen war, hatte Béla Kuns Revolution in Budapest miterlebt. Er lehnte den Faschismus ab, hatte jedoch auf Grund seiner Erlebnisse in Budapest auch Angst vor dem Kommunismus. Zwischen Vater und Sohn fand kein intensiver Austausch über die Entwicklungen der Zeit statt.

Als das NS-System unter dem totalitären Diktator Adolf Hitler die Endlösung beschloss, war Primo Levi dreiundzwanzig Jahre alt. Ein Jahr später war Primo Levi Teil der Partisanen im Aosta-Tal, wurde gefangengesetzt und in ein Lager gebracht. Primo Levi wurde vor die Wahl gestellt, als Partisan sofort an der Wand exekutiert zu werden, oder sich als Jude erkennen zu geben. Levi entschied sich, seine jüdische Herkunft zuzugeben und wurde daraufhin in das für Juden eingerichtete KZ Fossoli bei Modena gebracht. Am 22. Februar 1944 wurde Primo Levi nach Auschwitz deportiert, wo er bis zur Befreiung durch die Rote Armee elf Monate lang als Zwangsarbeiter verbrachte, wobei Levi immer betonte, dass er Glück gehabt habe, nicht in die Gaskammern geschickt worden zu sein, da er als Chemiker etwas Deutsch konnte und in den Buna-Werken eingesetzt wurde.

Das Lager erlebte Primo Levi als Jude. Diese Erlebnisse grenzte er von den Bedingungen, die die „Politischen“ im Lager vorfanden, ab. In seinem autobiografischen Bericht „Ist das ein Mensch?“ schildert Primo Levi seinen Aufenthalt in Auschwitz. Der Bericht ist ein Zerspiegel der äußeren Situation. Niemand hätte bedacht, dass sich unter den Opfern zwangsläufig eine Rangordnung herstellt, dass es Häftlinge gäbe, die auf dem Rücken der Kameraden Karriere machten. Es gäbe keine Kameradschaft unter den Häftlingen, denn dort, wo es kein Gesetz mehr gibt, kommt das Darwinsche Gesetz zum Tragen, demzufolge der Bestangepasste, das wäre laut Levi der Böseste, die Oberhand gewinnt und bestimmt. Diese Tendenz sah er zwischen nationalsozialistischen und kommunistischen Lagern, die Alexander Sol-



bahoe books

Primo Levi starb am 11. April 1987 in Turin, seiner Geburtsstadt. Er blieb sein Leben lang der Chemie verbunden.

schenizyn in „Archipel Gulag“ und anderen Werken beschrieb, ähnlich, wenngleich er die Gleichsetzung der Ideologien ablehnte.

In den nationalsozialistischen Lagern sah er dreierlei Zwecke. Zu Beginn dienten sie vor allem dazu, den politischen Widerstand, den kommunistischen, den sozialdemokratischen, den bürgerlich-katholischen, gegen das Regime im Keim zu ersticken. Mit Kriegsbeginn hätten laut Eichmann die Deutschen die „biologischen Quellen des Judentums“ auf einmal in der Hand gehabt. Die Lager, die folglich eingerichtet wurden, dienten nicht mehr dazu, den politischen Gegner zu zermürben, zu zermahlen und zu demoralisieren, sondern dazu, die Juden zu vernichten. Nach Stalingrad war der Arbeitskräftemangel in Deutschland evident. Das führte zur Errichtung des „hybriden“ Lagers Auschwitz. Vernichtung durch Ausbeutung war der dritte Zweck, ein Produktionssystem, in dem billige, vielmehr kostenlose Arbeitskräfte bis zur physischen Vernichtung eingesetzt wurden. „Arbeit macht frei“.

„Ist das ein Mensch?“ löste gemischte und ambivalente Reaktionen aus. Viele junge Menschen stellten sich die Frage, in was für

Ereignisse, möglicherweise Verbrechen, ihre Eltern verstrickt waren. Andere verteidigten anlässlich der deutschen Revolution 1919/20 den Nationalsozialismus. Deutschland wäre sonst ein Teil der Sowjetunion, des Bolschewismus geworden. Für Primo Levi hatte das Schreiben dieses Berichtes einen therapeutischen Zweck. Das Schreiben all seiner Werke habe ihm generell Erleichterung gebracht, so Primo Levi in Gesprächen mit dem Schriftsteller Ferdinando Camon kurz vor seinem Tod.

Primo Levi war ein nichtgläubiger Jude. Da es Auschwitz gab, kann es keinen Gott geben. Damit wollte er wohl einen philosophischen Beweis für die Nichtexistenz Gottes formulieren, der diametral zum Gottesbeweis von Anselm von Canterbury steht. Der Erzbischof von Canterbury gilt als Vater der Scholastik und der Mystik. Wenn es Gott gegeben hätte, hätte es Auschwitz nicht geben dürfen. Da es Auschwitz gegeben hat, könne kein Gott existieren. Diesem Dilemma fügte Primo Levi einen Satz hinzu: „Ich suche nach einer Lösung, aber ich finde sie nicht.“

Claus Michl-Atzmüller ■



Eine noch offene Rechnung mit Spaniens Vergangenheit

Toni Morant von der Universität de València berichtet im folgenden Beitrag über Reliquien der Franco-Diktatur im öffentlichen Raum Spaniens. Schätzungsweise gibt es in Spanien noch immer 2.000 Straßennamen aus dieser Zeit mit klarem Faschismus-Bezug.

In Spanien gewann Ende April die sozialistische PSOE die Wahlen mit etwa 29% der Stimmen. Wenn sie, sei es in einer Koalitions- oder Minderheitsregierung, ihr Versprechen hält, soll Diktator Francisco Franco aus dem sogenannten „Tal der Gefallenen“ (Valle de los Caídos), etwa 60 km von Madrid, ausgegraben werden. Dort liegt in einer bis 1959 von republikanischen Kriegsgefangenen gebauten Basilika seine Leiche neben der José Antonio Primo de Riveras, dem Gründer der faschistischen Falange. Die Basilika, deren Kosten immer noch vom spanischen Staat getragen werden, bleibt ein Erinnerungsort seiner Diktatur – sie bekommt jährlich über hunderttausend BesucherInnen, nicht selten werden dort Hochzeiten gefeiert.

Wenn auch verhältnismäßig riesig, bleibt das Tal der Gefallenen nur ein Teil der offiziellen Symbolik der Diktatur, die immer noch im öffentlichen Raum beibehalten wird. Andere, wie Denkmäler, Erinnerungstafeln, Dorf- und vor allem Straßennamen, sind aber viel präsenter im Alltagsleben vieler SpanierInnen. So hießen zum Beispiel Ende 2015 noch 317 Straßen nach Franco, sogar 373 nach Falangegründer Primo de Rivera. Insgesamt gab es in 637 Ortschaften mindestens 1.171 Straßen, die an erstrangige Persönlichkeiten der Diktatur erinnerten. Denen sind noch zahlreiche Straßen hinzufügen, deren Namen zwei- bzw. dritrangigen Figuren gedenken.

Um Spaniens öffentlichen Umgang mit der eigenen Vergangenheit verstehen zu können, muss man die Transición beachten, d. h. den politischen „Übergang“ nach Francos Tod 1975. Anders als in Österreich, Deutschland und Italien stellte in Spanien kein Krieg, anders als in Portugal aber auch kein Aufstand, der Diktatur ein Ende – sondern ein Pakt zwischen Oppositionellen und reformbereiten Politikern aus der Diktatur. Hauptsächlich forderte die Bevölkerung einen friedlichen Übergang, keine gewaltsamen Brüche. Nur wenige verlangten damals eine rückwirkende politische Gerechtigkeit. Anders als oft behauptet, bedeutete dies aber keinen „Pakt des Schweigens“: Die damals junge Vergangenheit wurde oft, ob in der Forschung, der Literatur, der Presse oder in Filmen, thematisiert.



Toni Morant

Offizielles Staatswappen der Franco-Diktatur über dem Eingang einer öffentlichen Grundschule in València

Eine wichtige Ebene des Systemwandels war die Geschichtspolitik und deren Niederschlag im öffentlichen Raum. Da Straßennamen eine kommunale Zuständigkeit sind, wurden viele Spuren der Diktatur erst nach ersten Kommunalwahlen der wiederhergestellten Demokratie 1979 aus dem Stadtbild beseitigt. Grundsätzlich verschwanden in den Groß- und Provinzhauptstädten schon damals viele erstrangige Namen, so wurden ein Großteil der Franco-Plätze und José-Antonio-Alleen – wenn auch nicht widerstandslos – umbenannt. In anderen Städten aber, wie in Burgos, wurde jahrzehntelang kein einziger Straßename geändert.

In den 1990er Jahren erodierte der Konsens der Transición, bis er um die Jahrhundertwende letztendlich brach. Bürgerkrieg und Diktatur wurden öffentlich viel öfter thematisiert, im Parlament tobten nun z. T. sehr heftig ausgetragene Debatten. Im internationalen Vergleich bildet Spanien mit dieser öffentlichen Zuwendung an die Vergangenheit aber keine Ausnahme. Die sogenannte Wiederherstellung der memoria histórica

gehört eher zu den zahlreichen „Erinnerungskämpfen“, die seit dem ausgehenden 20. Jahrhundert durch Gedenkveranstaltungen und Denkmäler ausgezeichnet ist.

2007 verkündete eine neue PSOE-Regierung unter José Luis Rodríguez Zapatero das sogenannte „Gesetz zur geschichtlichen Erinnerung“, das bis heute den (kalkuliert zweideutigen) gesetzlichen Rahmen zum Umgang mit der Symbolik der Diktatur stellt. § 15.1 verbietet aus dem öffentlichen Raum die Symbole und Huldigungen aus der Franco-Zeit, die ausdrücklich Putsch, Bürgerkrieg und Unterdrückung huldigten – nicht aber diejenigen, die die Diktatur an sich oder ihre Vertreter anpreisen. Infolge dieses staatlichen bzw. späteren Gesetzes auf Länderebene ist seit 2007 viel unternommen worden. So sind vor allem in Katalonien, dem Baskenland und Andalusien zahlreiche symbolische Reste der Diktatur entfernt worden. In Großstädten wie València und Madrid sind 2017/2018 je über 50 Straßennamen umbenannt worden.

Dennoch schätzen jüngste Berechnungen noch ungefähr 2.000 Straßennamen, die sich meistens in Kleinstädten bzw. Ortschaften auf ländlichen bzw. traditionell konservativ geprägten Gebieten befinden. Der Erinnerungskampf wird sicherlich weitergehen, aber vielleicht gelingt es Spaniens neugewählter Parlamentsmehrheit vierundvierzig Jahre nach Francos Tod und nahezu vier Jahrzehnte nach der Verkündigung von Spaniens demokratischer Verfassung nun doch, diese immer noch offen gebliebene symbolische Rechnung mit der Vergangenheit des Landes und den KämpferInnen gegen die Diktatur zu begleichen. ■



Toni Morant

Falangistische Tafel eines Siedlungsbaus der Einheitsgewerkschaft 1972. Links ist das Parteizeichen der faschistischen Partei, Joch und Pfeile, zu sehen



Sankt Lorenzen: Der 18. August 1929

In der Zwischenkriegszeit kam es im steirischen St. Lorenzen zu einem Feuergefecht zwischen Schutzbündlern und Heimwehren. Claus Mich-Atzmüller ging der Geschichte auf den Grund.

In der Steiermark führten drei wichtige Umstände zur Entwicklung von paramilitärischen Organisationen. Einer dieser Umstände war die jugoslawische Okkupation deutschsprachiger Städte in der Untersteiermark. Ein weiterer Grund war die Plünderungsgefahr durch „heimatlose“ Soldaten, die ziellos durch Österreich zogen. Und schließlich die Angst vor einer marxistischen Revolution. Generell hatten viele desillusionierte Frontkämpfer des Ersten Weltkrieges sich rechtsorientierten, rechtsextremen paramilitärischen Einheiten zugewandt, um ihren gewohnten militärischen Kodex weiterzuleben und ihrer Abneigung demokratischer Strukturen Ausdruck zu verleihen.

Im Jahre 1919 bestanden in der Steiermark drei Heimwehrgruppen: das Untersteirische Bauernkommando von Straden, die Heimwehr Mittel- und Weststeier sowie Ennstal und der „deutsche Volksrat“ in Judenburg. Sozialdemokratisch dominierte Arbeiterwehren entstanden seit 1919 als Betriebsschutz in Donawitz, Leoben, Bruck und Graz. Im Sommer 1921 kam es unter der Regie Anton Rintelens, der jahrelang christlich-sozialer Landeshauptmann der Steiermark war, zur Einigung aller Heimwehrverbände der Steiermark. Aus diesen Entwicklungen heraus formierten sich jene zwei Verbände 1922/23, die bis 1933 die Straßen beherrschen sollten: der Republikanische Schutzbund der Sozialdemokraten und der Heimatschutzverband Steiermark des Judenburger Rechtsanwaltes Walter Pfrimer.

Zwischen Pfrimer und Rintelen bestand eine starke Rivalität. Beide verstanden sich als besondere Förderer der Heimwehren und sie wetteiferten um Macht und Einfluss. Doch beide

verband auch eine tiefe Abneigung gegen Kommunisten und Sozialdemokraten. Rintelen war im Mai 1921 in Sankt Lorenzen im Mürztal in Bezug auf den Grazer „Kirchenrummel“ von Sozialdemokraten als „Arbeitermörder“ und „Räuberhauptmann“ beschimpft und zusammen mit Landesrat Dechant Franz Prisching aus dem Fenster des Versammlungslokals geworfen und mit dem Tode bedroht worden. Dieses Ereignis ging als „Lorenzer Fenstersturz“ in die Geschichte ein.

Die Heimwehren können bis zum Linzer Programm der Sozialdemokraten im Jahre 1926 und den Ereignissen rund um den Justizpalastbrand im Juli 1927 nicht als ganz große Erfolgsgeschichte angesehen werden, wenngleich sie natürlich politischen Einfluss hatten. Im Zeitraum 1927–1929 erlebten sie ihren Höhepunkt, der auch in einem weiteren Vorfall in Sankt Lorenzen seinen Ausdruck fand.

Für den 18. August 1929 kündigte die Sozialdemokratische Arbeiterpartei eine Versammlung in Sankt Lorenzen im Mürztal (Bezirk Bruck an der Mur) an, um das zehnjährige Gründungsjubiläum der Lokalorganisation zu feiern. Als Festredner war der Nationalratsabgeordnete und Landesparteiensekretär Koloman Wallisch angekündigt, der insbesondere seit den Ereignissen des Juli 1927 in bürgerlichen Kreisen als marxistischer Revolutionär angesehen wurde.



Leo Palkovics / de.wikipedia.org

Noch heute erinnert im steirischen St. Lorenzen ein Gedenkstein an den „blutigen Sonntag“ des Jahres 1929

Durch die Intervention von Landeshauptmann Rintelen musste die Bezirkshauptmannschaft räumlich und zeitlich getrennt die beiden Veranstaltungen zulassen, denn auch der Heimatschutz kündigte für diesen Tag am anderen Ende von Sankt Lorenzen eine Kundgebung an.

St. Lorenzen lag im obersteirischen Kerngebiet des Steirischen Heimatschutzes und hatte eine starke Ortsgruppe der Organisation, die vom Kaufmann Konstantin Kammerhofer geleitet wurde. Der Heimatschutz veröffentlichte im sozialdemokratischen „Arbeiterwillen“ ein Inserat, worin er die sozialdemokratischen Arbeiter und deren Familien davor warnte, die Ortschaft zu betreten. Die Sozialdemokraten zogen jedoch auf den zugewiesenen Festplatz, fanden diesen jedoch bereits vom Heimatschutz besetzt und arg in Mitleidenschaft gezogen. Die Sozialdemokraten verlegten ihre Kundgebung kurzerhand auf den nahegelegenen

Kirchplatz, wo Wallisch seine kämpferische Rede begann.

Nachdem die anwesenden Führer des Heimatschutzes die Auflösung der nicht angemeldeten Versammlung der Sozialdemokraten am Kirchplatz verlangt hatten, verfügte der Bezirkshauptmann die Auflösung der Kundgebung. Die anwesenden Gendarmen konnten diese Auflösung jedoch nicht durchsetzen. Provokationen der beiden feindlich gegenüberstehenden Verbände mündeten in einem zehnmütigen Feuergefecht, in dem drei Schutzbündler tödlich verletzt wurden (Karl Hauer, Franz Hübl, Johann Schifkovits).

Die Ereignisse von Sankt Lorenzen erschütterten die Autorität des angeschlagenen Bundeskanzlers Ernst Streeruwitz nachhaltig. Er trat schließlich unter dem Druck der Heimwehren am 25. September 1929 zurück. Neuer Bundeskanzler wurde der frühere Wiener Polizeipräsident Schober. ■



Zur Erinnerung an Karl Seitz 1869-1950

„...und diese Steine reden heute noch für ihn“ So titelte die Arbeiter-Zeitung am 4. September 1969, den Tag, an dem Karl Seitz hundert Jahre alt geworden wäre. Der „Kämpfer“ druckt den Artikel weitere fünfzig Jahre später in voller Länge ab.

„Es war vor genau zwanzig Jahren: Zehntausende Wienerinnen und Wiener führen an den Stadtrand nach Grinzing, um den beliebtesten ihrer Mitbürger zu feiern. Ein Haus in der Himmelstraße war ihr Ziel – das Wohnhaus von Karl Seitz, der seinen 80. Geburtstag beging. Damals waren 15 Jahre vergangen, seit Karl Seitz mit brutaler Gewalt aus dem Wiener Rathaus vertrieben worden war. Aber in den anderthalb Jahrzehnten von 1934 bis 1949 war Karl Seitz unvergessen geblieben – so wie in den seither vergangenen Jahrzehnten. Die Leistungen dieses Mannes, der heute vor 100 Jahren geboren wurde und der fünf Monate nach seiner letzten großen Ehrung durch die Wiener starb, haben alle Stürme überdauert; der Name von Karl Seitz bleibt für immer mit einer der glanzvollsten Aufbau-perioden Wiens verbunden.

Die Vorfahren von Karl Seitz lebten im Weinhauerdorf Währing. Seine Großeltern fielen 1831 einer Choleraepidemie zum Opfer; sein Vater wurde von Verwandten aufgezogen. Nach der Hochzeit mit Betty Kaiser, der Tochter von Wirtsleuten auf dem Alsergrund, zogen die Eltern von Karl Seitz in das Haus Nußdorfer Straße 18. Dort – gar nicht weit vom Geburtshaus Franz Schuberts – wurde am 4. September 1869 Karl Seitz geboren. Vor ihm kamen seine vier Schwestern zur Welt, nach ihm seine beiden Brüder.

Karl Seitz verlor sehr früh seinen Vater. Der hart erarbeitete bescheidene Wohlstand der Familie endete nachdem Karl Seitz senior nach einem Blutsturz starb. Die Mutter musste den von ihrem Mann geführten Holzhandel aufgeben, sie brachte ihre Familie mit Nährarbeiten durch, versuchte es mit einem kleinen Woll- und Zwirnhandel. Die Wirtschaftskrise von 1873 zerstörte auch die karge Lebensbasis: Für die Mutter Seitz und ihre Kinder brach eine Zeit bitterster Not an. Schwere Herzens musste Betty Seitz zwei ihrer Söhne einem Waisenhaus anvertrauen – unter ihnen auch den damals elf-jährigen Karl.

Der Schüler Karl Seitz hatte davon geträumt, studieren zu können. Vom Waisenhaus in der Galileigasse aber führte kein

Weg zum Studium. Nicht einmal der Besuch der Bürgerschule war Karl Seitz vergönnt, er erhielt seine Grundausbildung in der Armeleuteschule von Lichtental, in einer Schule ohne Fachunterricht, in der man sich damit begnügte, den Kindern das Allernotwendigste beizubringen. ‚Damals habe ich erkannt, dass es ein Monopol auf Bildung gibt – und dass es mir verwehrt blieb, meinen Wissensdurst zu stillen‘, erzählte später Karl Seitz über diesen Abschnitt seines Lebens: ‚Damals begann ich das herrschende Gesellschaftssystem zu hassen.‘

Vom Waisenhaus, in dem es streng militärisch zugeht, wurde Karl Seitz in die Lehre geschickt: Er erlernte das Schneiderhandwerk. Bis der junge Karl Seitz bei einem Schulfest im Augarten dem dort anwesen-

nären Kräften unternommenen Versuch, die Schulpflicht auf sechs Jahre herabzusetzen. Nur dem Umstand, dass dieser Vorfall in der Öffentlichkeit größtes Aufsehen erregte und dass sogar im niederösterreichischen Landtag über die Rede des Schülers Seitz debattiert wurde, hatte es der unbotmäßige Absolvent zu verdanken, dass er seinen Beruf auch ausüben durfte: Zwar wurde

sein Reifezeugnis konfisziert, doch mit Hilfe seines Förderers Baecher wurde Seitz als ‚Unterlehrer‘ zuerst im Waisenhaus in Matzleinsdorf, dann in der Volksschule in der Grüngasse untergebracht.

Die nächste Station des Unterlehrers Karl Seitz war die Volksschule in der Quellenstraße. In dieser Schule, die fast nur von Arbeiterkindern besucht wurde erkannte Karl Seitz die ganze Härte und Brutalität der ‚bürgerlichen Weltordnung‘ und sah wie die Kinder der Armen mitleidlos in das Heer der Enterbten gestoßen wurden, denen die Freuden und Genüsse des Lebens versagt blieben.

Bald beteiligte sich Karl Seitz an den sogenannten ‚Elementarkursen für Arbeiter‘, die Volksbildung und politische Schulung verbanden und den Arbeitern das Gedankengut des Sozialismus nahebringen sollten. Zugleich rüttelte Karl Seitz die Lehrerschaft auf: Die rechtlosen ‚Unterlehrer‘ sollten gleich Lehrern sein. Auch an der Abwehr neuer Anschläge auf die

Bildungsmöglichkeiten der Bevölkerung nahm Karl Seitz führend Anteil – ebenso an Solidaritätsaktionen für Kollegen, die aus politischen Gründen verfolgt wurden.

Bald trat Seitz auch außerhalb seiner Berufswelt politisch hervor: Auf Drängen Victor Adlers kandidierte er im Wahlkreis Stockerau-Floridsdorf als Vertreter des Sozialdemokratischen Arbeiterpartei für den Reichsrat.

Im Reichsrat

Was niemand für möglich gehalten hatte trat ein: Karl Seitz errang innerhalb kürzester Zeit die Sympathien der Wähler; in



Eröffnung der Wohnhausanlage Reismannhof in Wien-Meidling durch Bürgermeister Karl Seitz (Mitte), rechts Edmund Reismann, 1926 (aus Blätter des Bezirksmuseums Meidling Heft 45/1999)

den ‚Waisenvater‘ Gemeinderat Wilhelm Baecher auffiel: Von Baecher gefördert konnte der ‚Bub aus dem Waisenhaus‘ im Lehrerseminar St. Pölten einen Freiplatz erhalten.

Gegen die Kürzung der Schulzeit

Wie erfolgreich Karl Seitz seine Ausbildung zum Lehrer abschloss geht daraus hervor, dass er dazu bestimmt wurde, im Namen der Absolventen bei der Schlussfeier die Dankrede zu halten. Sie wurde zu seiner ersten politischen Rede. Zum Entsetzen der Hörerschaft, die fromme Dankesworte erwartet hatte, geißelte Karl Seitz mit scharfen Worten den damals von reaktio-



einer Stichwahl besiegte er einen Rivalen, der durch viele Jahre hindurch die Wähler der ‚dritten Kurie‘ (ihr gehörten nur jene Staatsbürger an, die mehr als fünf Gulden Steuer im Jahr zahlten, das entspricht ca. € 72, was allerdings mit dem heutigen Steuersystem nicht vergleichbar ist, Anm.) im Wahlkreis Stockerau-Flordisdorf vertreten hatte. Am 15. Jänner 1901 zog Karl Seitz als erster in der ‚dritten Kurie‘ gewählter Sozialdemokrat in den Reichsrat ein. Bald darauf errang er als erster und einziger Sozialdemokrat einen Sitz im niederösterreichischen Landtag.

Von 1901 an gehörte Karl Seitz zu den temperamentvollsten und begabtesten Volksvertretern nicht nur in den Reihen der Sozialdemokratie, sondern im Reichsrat überhaupt. Bald wurde er auch in den Parteivorstand gewählt und wurde zum engen Mitarbeiter Victor Adlers. Im Ersten Weltkrieg zählte Karl Seitz zu jenen Sozialdemokraten, die am entschiedensten gegen den Völkermord auftraten: Fast in jeder Rede brachte er seinen Abscheu vor dem Krieg zum Ausdruck; an allen internationalen Kongressen – so auch am Stockholmer Internationalen Sozialistenkongress 1917 – nahm er an der Seite Victor Adlers teil.

Parteivorsitzender

Als dann endlich der Friede gekommen war, trat Karl Seitz an die Stelle des verstorbenen Victor Adler: Er übernahm den Parteivorsitz. Zwei Jahre lang, 1919 und 1920, war er der erste Präsident der neugeschaffenen Republik Österreich, dann – nach dem Ende der Nachkriegskoalition – übernahm er wieder die Führung der Partei.

Der Mann im Rathaus

Noch stand Karl Seitz der Höhepunkt seines politischen Wirkens bevor: Als drei Jahre später ein Nachfolger für Jakob Reumann, den ersten sozialdemokratischen Bürgermeister Wiens, gesucht wird, fällt die Wahl auf Karl Seitz.

Von da an ist der Name Karl Seitz mit den großartigen Leistungen des ‚Roten Wien‘ untrennbar verbunden. Unter Karl Seitz errichtete Wien, die Stadt mit der größten Wohnungsnot Europas, in den Jahren bis 1934 nicht weniger als 60.000 Wohnungen – und dazu noch an die 6.000 Siedlungshäuser. Die Stadtbahn wurde elektrifiziert und den Wienern als erstes städtisches Schnellverkehrsunternehmen übergeben, überall entstanden Parks, Kinderfreibäder, Sportbäder und das Stadion im Prater.

Das Prinzip seiner Arbeit als Bürgermeister hatte Karl Seitz schon vor der Amtsein-



Grabstätte von Pernerstorfer, Adler, Seitz und Bauer auf dem Zentralfriedhof in Wien-Simmering

führung am 13. November 1923 treffend formuliert: ‚Der Bürger soll nicht als Akt, sondern als Mensch gewertet werden!‘ In den elf Jahren als seines Wirkens als Wiener Bürgermeister ist Karl Seitz niemals von diesem Grundsatz abgewichen. Auf allen Gebieten der Kommunalverwaltung, im Gesundheits-, Sozial- und Schulwesen förderte er die Arbeit seiner Freunde Tandler, Breitner, Glöckel, Speiser und anderer. Ihre Leistungen galten in der ganzen Welt als Vorbild.

‚Wenn wir einmal nicht mehr werden reden können, dann werden diese Steine für uns reden‘, diese prophetischen Worte, die Karl Seitz bei der Eröffnungsfeier einer Wohnhausanlage in den Jahren der Weltwirtschaftskrise sprach, haben sich erfüllt.

Sie bestätigten sich zum erstenmal, als 1934 die Aufbauarbeit des ‚Roten Wien‘ jäh unterbrochen wurde. Am 12. Februar, an jenem Tag, an dem die österreichische Arbeiterbewegung mit Waffengewalt in die Illegalität getrieben wurde, musste auch Karl Seitz der Gewalt weichen: In den Abendstunden drangen Polizisten in die Amtsräume des Bürgermeisters Seitz ein; der populärste Mann Wiens wurde in die Haft geschleppt. Polizeigefangenenhaus, Landesgericht – das waren die nächsten Stationen von Karl Seitz, bis er endlich am 5. Dezember 1934 aus der Haft entlassen wurde. Von diesem Tag an fühlte er auf Schritt und Tritt die Verehrung der Wiener: Wo immer Karl Seitz ging wurde er von den Passanten freudig und bewegt zugleich begrüßt – als Symbol einer Bewegung, die man wohl äußerlich unterdrücken konnte, die aber in den Herzen der Menschen weiterwirkte.

Verhaftet, verschleppt, im KZ interniert

Das Jahr 1938 brachte für Karl Seitz neue Leiden. Blieb ihm zunächst neuerliche Haft

erspart, so drohte ihm 1944 das Ärgste: Nach dem Attentat auf Hitler am 20. Juli wurde auch Karl Seitz verhaftet, nach Berlin verschleppt und zahlreichen Verhören unterzogen. Dann schloss sich auch hinter ihm das Tor eines Konzentrationslagers. Der KZ-Haft folgte die Verbannung nach Plaue, einer sächsischen Kleinstadt. Erst Wochen nach dem Mai 1945 – in Wien wusste man damals nicht, wo sich Karl Seitz aufhielt – am 22. Juni 1945 konnten die Wiener endlich die Wiederkehr von Karl Seitz feiern; wenige Tage darauf übergab ihm Dr. Schärf den Vorsitz der SPÖ.

In den Jahren nach 1945 gehörte Karl Seitz dem österreichischen Nationalrat an – als Kämpfer, der sich nun für die endgültige Freiheit Österreichs, für den Abzug der Besatzungsmächte einsetzte. Seine Versammlungsreden sind ebenso unvergessen wie seine großen Reden im Nationalrat. So wie in seinen Anfängen als Politiker trat Karl Seitz auch in seinen letzten Lebensjahren mutig und entschlossen für die Entrechteten ein: Aus dem Kampf gegen das Bildungsprivileg war der Kampf um die volle politische Mündigkeit ganz Österreichs geworden.

Karl Seitz ist seit nahezu 20 Jahren nicht mehr unter uns, aber sein Name ist und bleibt unvergessen. ‚Wenn wir einmal nicht mehr werden reden können, dann werden diese Steine für uns reden.‘ Wien und Österreich werden immer für ihn reden, ihre Steine, ihre Menschen, ihre Geschichte.“ ■

“Niemand vergessen!” für Genossin Rendi-Wagner

Bei einer Sitzung des Bundesparteivorstands überreichte Gerald Netzl unserer Parteivorsitzenden Pamela Rendi-Wagner ihr persönliches Exemplar unseres Buches „Niemand vergessen!“.

Wir freuen uns und sind stolz, dass Genossin Rendi-Wagner seit heuer auch Mitglied unseres Bundes ist!

Der Jubiläumsband wird von einem dokumentarischen, reich illustrierten Teil von Originaltexten und Faksimiles aus unserer Zeitung „Der Sozialdemokratische Kämpfer“

geprägt, die ein anschauliches und authentisches Bild der vielseitigen Tätigkeit vermitteln. Dazwischen sind erläuternde historische Exkurse eingeschoben und der Schlussteil ist der Präsentation der einzelnen Landesverbände des Bundes vorbehalten.

Unter allen LeserInnen des „Kämpfers“, die uns bis 31.8.2019 eine E-Mail mit dem Betreff „Niemand vergessen!“ an kaempfer@spoe.at schicken, verlosen wir fünf Exemplare unseres Buches. ■



Andreas Brunner

Sommeröffnungszeiten Bundesbüro

- 1. bis 12. Juli 2019 / Montag -Donnerstag 8-13 Uhr / Freitag geschlossen.
- 14. Juli bis 4. August 2019 Büro geschlossen (Urlaub).
- 5. bis 30. August 2019 / 8-13 Montag -Donnerstag 8-13 Uhr / Freitag geschlossen.

Gratulation zu 8.419 Vorzugsstimmen

Wir gratulieren Genossen Günter Sidl zu 8.419 Vorzugsstimmen bei der EU-Wahl.

Über 1.010 Vorzugsstimmen kamen außerhalb von Niederösterreich, wo Genosse Sidl als Spitzenkandidat unterwegs war.

MitarbeiterInnen dieser Ausgabe: Ingrid Antes, Waltraud Barton, Klaus Bergmaier, Walter Farthofer, Camila Garfias, Vinzenz Jobst, Harald Ludwig, Claus Michl-Atzmüller, Toni Morant Ariño, Gerald Netzl, Paula Netzl, Martin Oppenauer, Dieter Preinerstorfer, Peter Weidner.

Grafische Gestaltung: Ing. Margit Flesch / Wien Work - Digital Media

Lektorat: Irini Tzaferis

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 31. Mai 2019

Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe: 6. September 2019

Impressum:

Medieninhaber und Herausgeber: Bund Sozialdemokratischer Freiheitskämpfer/innen, Opfer des Faschismus und aktiver Antifaschist/inn/en. 1014 Wien, Löwelstraße 18, Telefon: 01/53427-277, Fax: Dw. 258, E-Mail-Adresse: kaempfer@spoe.at, Internetadresse: www.freiheitskaempfer.at.

Fotos: Wenn nicht anders vermerkt: Redaktion Freiheitskämpfer
Hersteller: Wien Work - Digital Media, 1220 Wien

Offenlegung nach § 25 Mediengesetz: Information über neofaschistische und rechtsextremistische Bewegungen, Vereinsnachrichten, Informationen der Opfer des Faschismus. Die im „Kämpfer“ veröffentlichten Artikel und Kommentare geben nicht notwendigerweise die Meinung der Redaktion oder des Bundesvorstandes wieder.

ZlNr.: GZ 02Z033355M

Österreichische Post AG
MZ GZ02Z033355M